

SPD

Sondermittel für Gebäudesanierung



Infrarot-Thermografie (eines Straßenzugs in Leipzig)

Als Reaktion auf die stark gestiegenen Energiepreise fordert die SPD-Arbeitsgruppe Energiemarkt knapp eine Dreiviertelmilliarde Euro für die wärmedämmende Sanierung von Gebäuden. Das geht aus einem Papier der Arbeitsgruppe hervor. Darüber hinaus sollen Geringsverdiener „noch vor dem anstehenden Winter entlastet werden, indem



C. BUSSE (L.); SEIDEL / DAVIDS (R.)

Gabriel

die Wohngeld-Novelle bereits am 1. Oktober in Kraft tritt – drei Monate früher als geplant“, heißt es in dem Papier der SPD-Politiker. Dem Arbeitskreis gehören neben Fraktionschef Peter Struck auch Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee und weitere zwölf Sozialdemokraten an. Sie schlagen vor, das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der Bundesregierung nochmals um 270 Millionen Euro aufzustocken. Die Arbeitsgruppe plädiert außerdem für eine „zusätzliche energetische Sanierung von 100 Großwohnsiedlungen“. Dafür soll über einen Zeitraum von fünf Jahren zusätzlich eine halbe Milliarde Euro bereitgestellt werden.

DER MÜNCHHAUSEN-TEST



ANGELIKA WARMUTH / DPA

»Zehn Jahre lang haben wir jetzt nur Steuererhöhungen gehabt. Das ist genug.«

Der FDP-Vorsitzende **Guido Westerwelle** im ZDF-Sommerinterview am 17. August 2008.

die Bundesregierungen die Abgaben aber auch mehrmals gesenkt, so etwa im Rahmen der dreistufigen Steuerreform in der ersten Hälfte des Jahrzehnts, die eine Entlastung von 60 Milliarden Euro brachte. Auch die Reform der Unternehmensbesteuerung Anfang dieses Jahres minderte die Abgaben.

DER TEST

Die Steuerentlastungen übertrafen die Erhöhungen der vergangenen zehn Jahre. Würde heute noch das Recht von 1998 gelten, müssten die Bürger rund 30 Milliarden Euro mehr an Steuern zahlen.

DIE FAKTEN

Seit dem Regierungswechsel von 1998 hat zunächst die rot-grüne Bundesregierung und dann die Große Koalition rund 90 steuerliche Maßnahmen auf den Weg gebracht. Einige davon haben die Bürger in erheblichem Umfang belastet. Dazu zählt zum Beispiel die Anhebung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte, die Anfang 2007 in Kraft trat, aber auch die Einführung der Ökosteuer oder die Kürzung und Streichung zahlreicher Freibeträge. Im Gegenzug haben

FAZIT

Westerwelles Aussage ist falsch, deshalb Stufe 4 auf der Münchhausen-Skala.



MÜNCHHAUSEN-SKALA

- ○ ○ leicht übertrieben
- ○ ○ ziemlich übertrieben, Fakten bleiben unberücksichtigt
- ● ○ Widersprüche und erhebliche faktische Fehler
- ● ● richtig falsch